Nummer 149 — Halle, Dienstag, den 29. Juni 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag mehrmalig. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsträger ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Jeden Tag vormittags. Die Anzeigen werden nach Zeilen-Zahl berechnet, die Zeile 0.35 Reichsmark

Die Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Mitteldeutschen Zeitung" erscheinen, erscheinen unentgeltlich. Verlagsort: Halle a. S. Promenade 1a u. 9a. Druckanschrift: Saale-Zeitung. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleschestadt". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22213. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Zur Linderung der Not der durch das Hochwasser Geschädigten hat der Reichspräsident den Betrag von 200 000 M. aus seinem Dispositionsfonds zur Verfügung gestellt.

*

In Köln wurde am Sonnabend die Tagung des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Gegenwart zahlreicher Vertreter des Reichs und der Preußischen Regierung, der Universitäten Köln und Bonn, der Spitzen aller Behörden, der Industrie, des Handwerks und Handels der Rheinprovinz und der Stadt Köln eröffnet. Der Reichspressechef, Dr. Kiep, überbrachte die Grüße des Reichspräsidenten und Reichskanzlers.

*

Bei der 20-Jahrfeier des Vereins der ausländischen Presse am Sonnabend im Hotel Adlon in Berlin betonte u. a. Dr. Stresemann die Hoffnung, daß die Locarnoverträge ebenso wie die ganze bisherige deutsche Außenpolitik zur Herbeiführung eines dauernden Friedens in Europa beitragen würden. — Vorläufig sieht es in Europa leider durchaus nicht so aus.

*

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages gab der Außenminister Dr. Stresemann Erklärungen ab über das Wilsonabkommen vom 16. Juni 1919 (die „Erklärung" von Wilson, Clémenceau und Lloyd George über Abkürzung der Besatzungsfristen): Hoffentlich ist daraus auf einen baldigen Schritt der Regierung in der Besatzungsfrage zu schließen.

*

Der Strafsenat des Breslauer Oberlandgerichts hat den Reichsbahnbetriebsgehilfen Gabris aus Königshütte wegen Spionage zugunsten Polens zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt, ferner zu 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

*

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages stimmte dem Gesetzentwurf zu, der die Uebertragung des staatlichen Bergwerksbesitzes an die Preußische Bergwerks- und Hütten-A.-G. (Preußag) regelt, die Kontrolle über den Aktienbesitz jedoch dem Landtag auferlegt. Annahme fand ferner ein Gesetzentwurf, der einen Staatskredit von 30 Mill. M. für die staatlichen Bergwerke anfordert. — Die Erweiterung des staatlichen Bergwerksbesitzes sind recht kostspielige Vergnügen unserer sozialisierungsfreundlichen Regierung.

*

Der Bürgermeister von Madrid übergab in Lissabon in Gegenwart des deutschen und spanischen Gesandten dem von Südamerika kommenden Dampfer „Madrid" des Norddeutschen Lloyd ein Silberschild mit einer Widmung der Stadt Madrid zum Dank dafür, daß das Schiff nach der spanischen Hauptstadt benannt worden ist. — Ein lehrreiches Beispiel, wie man mit scheinbaren Kleinigkeiten Sympathien für Deutschland gewinnen kann.

*

Die Flut der amerikanischen Europareisenden erreichte ihren Höhepunkt in den letzten beiden Tagen, in denen zwölf vollbesetzte Schnelldampfer mit insgesamt 12 000 Personen an Bord nach Europa ausgelaufen sind.

*

In Straßburg hatte die royalistische Partei am Sonntag eine Versammlung veranstaltet, in der der Chefredakteur der „Action française", Leon Daudet, sein Programm im Hinblick auf die örtlichen Forderungen des katholischen Elsaß entwickelte. Als die Versammlungsteilnehmer einen Umzug veranstalten wollten, der verboten war, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Drei Personen wurden verhaftet.

*

Herriot erklärte auf einem Parteitag der Radikalen, sie würden die neue Regierung unterstützen, sofern sie das nationale Interesse und die Grundsätze der Demokratie verteidigen. „Wenn die Radikalen zum Zwecke der Finanzierung fordern, daß das Kapital Opfer bringt, so tun sie das keineswegs, um jemand zu berauben, sondern aus Vorsicht und um den Kredit des Landes zu haben, von dem alle privaten Kredite abhängen."

*

Wie die Pariser Havasagentur aus Reims meldet, kam es dort am Sonntag abend zwischen Faschisten einerseits und Sozialisten und Kommunisten andererseits zu einer Schlägerei, in deren Verlaufe drei Faschisten verletzt wurden. Der Polizei gelang es, die Ruhe in kurzer Zeit wieder herzustellen.

Die Hochwasserkatastrophe.

Die furchtbaren Hochwasserschäden in zahlreichen Teilen des Reichs drohen zu einer Katastrophe nicht nur für die unmittelbar betroffenen Tausende von Landwirten, sondern für das ganze Volk zu werden. Die Lage der Landwirtschaft war infolge des Mißverhältnisses zwischen ihren Verkaufspreisen und ihren Gestehungskosten ohnehin auf das schwerste gefährdet. Nun ist die Wassersnot hinzugekommen, die hunderttausende von Morgen überschwemmt und auch auf den nicht überschwemmten Gebieten unübersehbaren Schaden angerichtet hat, da die Nässe auch dort die Feldfrüchte zum Teil vernichtet und die Beseitigung des Unkrauts unmöglich macht. Es werden Unterstützungsmaßnahmen größten Stils notwendig werden, die den bereits durch die Arbeitslosigkeit usw. schwer erschütterten Reichs- und Staatsfinanzen einen neuen gefährlichen Stoß geben müssen, während gleichzeitig der Ernteausfall zur Vermeidung von Hungersnöten eine wesentlich höhere Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland und damit weitere Auslandsverschuldung nach sich ziehen muß. — Besonders trostlose Nachrichten kommen aus der Mark, wo bereits etwa

400 000 Morgen unter Wasser

stehen und weitere Dammbrüche und Ueberschwemmungen zu befürchten sind. Der dadurch eingetretene Futtermangel führt dazu, daß das Vieh kaum mehr ernährt werden kann und infolge mangelhafter und ungesundet Ernährung massenhaft erkrankt und zu sterben beginnt. Die Lage gerade auch der auf Viehhaltung angewiesenen kleinen Landwirte ist verzweifelt, die Ernteworräte sind der Jahreszeit entsprechend verbraucht, das Vieh war die einzige Möglichkeit, bis zur neuen Ernte durchzukommen, und die neue Ernte ist größtenteils völlig vernichtet.

In den von Dammbruchgefahr besonders bedrohten Gebieten, wie im Warthe- und Netzedistrikt, sind die Deichgenossen, Pioniere, technische Nothilfe, Stahlhelm und alle sonstig verfügbaren Kräfte einschließlich der Frauen Tag und Nacht an der Arbeit, um mit Kies und Sandsäcken die gefährdeten Dämme zu stützen und zu erhöhen.

Wenn keine Besserung des Wetters und infolgedessen ein schneller Rückgang des Hochwassers eintritt, ist die gesamte Ernte der norddeutschen Tiefebene, soweit es sich nicht um höhergelegene, und also infolge des Sandes minderwertige Böden handelt, vernichtet oder schwer beschädigt. Aehnliches wie aus der Mark bis zur polnischen Grenze hin wird jetzt auch aus dem Gebiet des Unterlaufs der Elbe und aus Mecklenburg berichtet. Die ungeheuren Wassermassen drängen nunmehr aus dem oberen Lauf der Flüsse in den Unterlauf und sprengen oder gefährden auch dort die Dämme, wie bei Recknitz und Boizenburg an der Elbe und in den angrenzenden hannöverschen Gebieten. Ueberall wird fieberhaft an der Rettung der Dämme gearbeitet, aber noch ist unabsehbar, ob Menschenhand der Naturgewalten Herr werden kann. Seit dem Jahre 1771 hat man in der Elbe- und Havelniederung eine solche Hochwasserkatastrophe nicht erlebt, und der Gesamtschaden im Reich dürfte furchtbarer sein, als er vielleicht jemals dagewesen ist.

Annahme der Mieterschutznovelle.

Im Reichstag wurde am Sonnabend die Beratung der Novelle zum Mieterschutzgesetz zu Ende geführt und die Vorlage in zweiter und dritter Beratung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Abgelehnt wurden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Erweiterung des Mieterschutzes wie die Anträge des Wirtschaftsparteilers Luke auf stärkeren Abbau. Abgelehnt wurden auch die Anträge, die die gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz herausnehmen wollen.

Die Vorlage zur Aenderung des Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß der Reichskredit auf eine längere Zeit, zum mindesten auf drei Jahre, gewährt wird. Um der besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage der Bauherren in einzelnen Gegenden Deutschlands Rechnung tragen zu können, kann bis zu einem Betrage von 10 Mill. Mark das Darlehen über die drei Jahre hinaus gewährt werden, jedoch nicht länger als auf insgesamt 15 Jahre.

Ohne wesentliche Aussprache wurde weiter die Novelle zum Reichspostfinanzgesetz angenommen, die die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder von 31 auf 40 erhöht und vorschreibt, daß die Post eine Rücklage von 100 Mill. M. bilden und die darüber hinausgehenden Ueberschüsse der Reichskasse zuweisen soll.

Weiter wurde ein Gesetz angenommen, das den landwirtschaftlichen Pächtern die Kapitalkreditbeschaffung dadurch erleichtert, daß sie ihr Inventar unter gewissen Voraussetzungen verpfänden können. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag auf Beschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Dazu wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Landwirte angesichts der großen Arbeitslosigkeit im denkbar weitesten Umfange die polnischen durch deutsche Arbeiter ersetzen. Zu diesem Ziele soll dem Bau von Landarbeiterwohnungen erhöhte Aufmerksamkeit seitens des Reiches zugewendet werden.

Einstimmig wurde eine Vorlage angenommen, die der Reichsregierung die Ermächtigung zur selbständigen Aenderung der Sätze der Kapitalverkehrssteuer entzieht.

Drei Millionen für Pflege der Leibesübungen.

Im Preußischen Landtag ist ein Antrag aller Fraktionen eingegangen, der das Staatsministerium ersucht, in den Etat des Wohlfahrtsministeriums für 1927 eine Summe von 3 Mill. M. als besonderen Titel „Pflege der Leibesübungen" einzusetzen.

Das Fürstenkompromiß im Rechtsausschuß angenommen.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurden am Sonnabend in der Fortsetzung der Beratung des Fürstenabfindungsgesetzes die §§ 19 und 20 ohne Aussprache angenommen. § 19 sagt, daß ein zwischen den Parteien beim Inkrafttreten des Gesetzes bestehender Schiedsvertrag die Anrufung des Reichsgerichts nicht hindert. § 20 bestimmt, welche Mitglieder des Fürstenhauses beim Verfahren zugezogen werden können. Zu den §§ 21 bis 25, die die Verfahrensvorschriften regeln, wurde ein Antrag Dr. Wunderlich (D. Vp.) angenommen, wonach die Zugehörigkeit eines Richters zu einer politischen Partei und seine politische Betätigung nicht für sich allein seine Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit rechtfertigt.

Einen Antrag Dr. Rosenfeld (Soz.), die Verhandlungen ohne Ausnahme öffentlich zu führen, hat Reichskanzler Dr. Marx abzulehnen: wenn die Staatssicherheit gefährdet werde, könne nicht öffentlich verhandelt werden. Die §§ 21 bis 25 wurden dann mit den Stimmen der Mittelparteien bei Stimmenthaltung der Flügelparteien angenommen. Ebenso der § 26, nach dem das Reichssondergericht nach billigem Ermessen über die Erledigung von Ansprüchen früher depossidierter Fürsten entscheiden. Die Staatsrenten oder sonstigen wiederkehrenden Leistungen sollen auf Verlangen des Landes in eine Kapitalabfindung umgewandelt oder durch allmähliche Tilgung abgelöst werden.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Vor der Abstimmung über den letzten § 29, der die Stellung von Hilfsrichtern regelt, gab Abg. Dr. Barth (Dnat.) für die Deutschnationalen eine Erklärung ab, in der es heißt:

Wir haben durch weitgehende Mitarbeit den Regierungsparteien die Möglichkeit geben wollen, aus einem Enteignungsgesetz den Entwurf wieder zu einem Gesetze zum Zwecke der Auseinandersetzung zu machen und das Gesetz dem Rechtsstandpunkt wieder näherzubringen. Durch unsere auf das Mindestmaß beschränkten Abänderungsanträge haben wir wenigstens den Grundsätzen der Sicherheit der Rechtspflege der Unanfechtbarkeit rechtskräftiger Urteile und Verträge und der Unverletzlichkeit des Privateigentums Geltung zu schaffen versucht, gegenüber einem Entwurf, durch den nach wiederholter Feststellung gerade von sozialdemokratischer Seite „Barrieren" des Rechtsstaates niedergelegt werden. Der Ausschuß hat den Bestrebungen der Linken weitgehend nachgegeben. Wir begnügen uns in diesem Augenblick, diese Tatsache ausdrücklich festzustellen, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß unsere grundsätzliche Stimmenthaltung lediglich den Sinn hatte, die Ausschußverhandlungen nicht unmöglich zu machen.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten sich durch ihr Auftreten im Ausschuß mit dem Willen der 15 Mill. in Widerspruch gesetzt, die beim Volksentscheid für die Enteignung gestimmt hätten. — Abg. Landsberg (Soz.) erklärte, seine Freunde würden dem Abg. Dr. Rosenberg im Plenum antworten.

Nach Annahme des § 29 mit den Stimmen der Regierungsparteien erklärte der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung, eine Aussprache über die Präambel erübrige sich, da wohl der ganze Ausschuß mit der Regierung in der Anerkennung des verfassungsändernden Charakters des Gesetzes übereinstimme. Die Präambel wurde mit den Stimmen der Mittelparteien angenommen. — Damit war die Beratung des Gesetzes erledigt; nunmehr muß der Reichstag endgültig entscheiden.

Deutschlands Zukunft.

Von Dr. G. W. Schiele, Naumburg.

Wo liegt die rechte Zukunft Deutschlands? In einer immer weiter forcierten Industriepolitik? In einer trostlosen Vergroßstädterung der gesamten Nation? Darin, daß es noch eine Million Bananenesser mehr gibt in den Städten? Oder darin, daß es 100 000 gesunde Familien mehr gibt, die Obst und Gemüse bauen und verkaufen können? In einer bewußten und entschlossenen Agrarpolitik, welche die gesunden Wurzeln des Volkes verstärkt, statt sie verdorren zu lassen?

Das völkische Ideal weiß sofort Antwort — nicht aus gelehrter Staatsweisheit heraus, sondern aus der instinktiven Sehnsucht eines Industrievolkes heraus, welches die Kälte des Todeshauches schon spürt. Den rein materialistischen Ideen der Lohnpolitik, in welche sich die Sozialisten verirrt haben, brauchen wir auf der Rechten nur mit voller Ehrlichkeit und Begeisterung das Ziel der Vermehrung des kleinen Eigentums gegenüberzustellen, so kommen wir der innersten Sehnsucht der Besten im Volke entgegen. Der fürchterlichen Atomisierung und Gebundenheit innerhalb der Großstädte und der Industrie setzen wir das Freiherrntum auf kleiner Scholle durch eigene Kraft als ein Werkzeug zur Ertüchtigung der Nation entgegen. Schrebergärten und Kleinhäuser gehören auch dazu.

Wer mehr materiellen Geldgewinn verspricht, besiegt das Volk; — wer mehr idealen Gewinn gibt, befriedigt das Sehnen des Volkes.

Diese völkische Weltanschauung ist zugleich ein heroisches Ideal. Nicht nur, daß sie in der Tiefe der Gemüter sehr nahe zusammenhängt mit den heroischen Erlebnissen des großen Krieges und am stärksten und reinsten zu finden ist in den starken Herzen der Frontkämpfer, welche durch das Feuer dieses größten Erlebnisses gehärtet und veredelt sind — sondern es steckt darin der Gedanke des Dienstes und der Pflicht überhaupt, auch im Arbeitsleben und Alltagsleben. Es wird eine ganz neue sittliche Wertung der Arbeit hervorgebracht — und das ist eben eine heroische Idee.

Für den Marxisten bedeutet Arbeit nicht mehr als eine Sklaverei um des Fressens willen, ein materielles Opfer für materielle Vorteile.

Für den Völkischen bedeutet Arbeit: Dienst und Pflicht am Ganzen, wobei die materielle Rechnung das Nachgeordnete ist. Für den Marxisten ist das notwendige Ende der Ekel am Leben und an der Arbeit; — für den Völkischen hat das Dasein wieder ein sittliches Ziel, wofür es sich lohnt, zu leben, zu arbeiten und, wenn es nötig ist, zu sterben; — dieses Ziel ist das zukünftige Volk.

So wird auch der Gedanke des Staates wieder zu einer sittlichen Idee. Für den Marxisten ist der Staat nur ein Mittel zur Eroberung der Macht für die Massen und danach ein Gegenstand der Ausbeutung. Für den Völkischen ist der Staat die zusammengefaßte sittliche Kraft der Nation zur Veredelung des Volkes. Der einzelne lebt nicht mehr ein rein egoistisches, materielles Sonderdasein, sondern er ist eine Stimme in dem großen Heldengesang der Nation. Das ist das heroische Ideal, welches auch in der einfachsten Alltagsarbeit wirksam ist. Es ist von da aus ein leichter Uebergang zu dem heroischen Ideal des Krieges — aber das Kriegerische ist nicht das Wichtigste —, größer noch ist das heroische, das völkische Ideal in seiner Auswirkung auf die neue Wertung der Arbeit. Es gibt keine wirtschaftliche Lage und Schwierigkeit noch so schlimmer Art, die nicht durch diesen neuen adligen heroischen Geist der Arbeit überwunden werden könnte. Es fehlt allerdings noch viel daran, daß dieser Geist sowohl in der Mannschaft, wie besonders auch unter den Führern unserer Industrie und Landwirtschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260629018/fragment/page=0001

in voller Kraft wirksam werde. Aber er ist der schöpferische Geist, — und darum wird ihm die Zukunft gehören.

Zu Ende geht es mit dem Wohlfahrtsstaat, — her kommt der heroische Staat, der verlangt und beschränkt.

Die größte Partei auf der Rechten — die deutschnationale — ist zusammengesetzt aus allen möglichen Ständen und Berufen. „Vom Arbeiter bis zum Großgrundbesitzer ist ein weiter Weg." Wie kann es überhaupt gelingen, sie zusammenzuhalten? Nicht durch irgendeine Wirtschaftspolitik, die aus reinen Nützlichkeitsidee geboren ist — und wenn sie noch so viel Zahlenlogik in sich hätten. Damit kann man die Massen nicht marschieren lassen; — damit wird man niemals die verschiedenen Berufsstände zusammenhalten, sondern wird sie auseinander manövrieren.

Die proletarischen Massen auf der Linken werden durch sehr einfache und einheitliche Gedanken des materiellen Gewinnes und Machtinstinktes, man kann kurz sagen, der Raubgier, zusammengehalten. Was kann man ihnen gegenüberstellen?

Das adlige, das völkische, das staats- und volkserhaltende und erhöhende, das heroische Ideal ist es, welches den unter der schwarz-weiß-roten Fahne marschierenden Heereskörper zusammenhält und in der Zukunft zum Siege führen wird. Es ist eine neue Religion, welche den Massen wieder den Weg zum Lichte zeigen will. Oder ist es vielleicht der alte Glaube, — wiedergeboren in einem neuen Geist aus der Tiefe der deutschen Volksseele?

Deutschnationale Anfragen im Reichstag.

Die Deutschnationalen haben eine Anfrage im Reichstag eingebracht, worin geiadelt wird, daß das Nachtbackverbot, namentlich der Beginn der Arbeit erst um 6 Uhr morgens, auch für ländliche Bäckereien, gelten soll. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, wenigstens vom 1. April bis 1. Oktober den Beginn der Backzeit ab 4 Uhr und die Verkaufszeit ab 6 Uhr zuzulassen.

Eine zweite Anfrage derselben Partei bezieht sich auf die äußerst schwierige Lage der Zündholzindustrie, die dem sogenannten Schwedentrust zu erliegen droht, diese gelte nicht zum wenigsten für die Zündholzindustrie und die von ihr abhängigen Industriezweige in Schlesien, vor allem in der Grafschaft Glatz. Die Reichsregierung wird gefragt, welche Maßnahmen sie zur Förderung und Unterstützung der noch nicht vertrusteten deutschen Zündholzindustrie gegen ein Privatmonopol des Auslandes zu ergreifen gedenke.

Kredite für Siedlungszwecke.

In einem Urgantrage fordert die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtags, behufs Besiedelung dünn besiedelter Gebiete, vor allem des Ostens, durch Bauernsöhne, landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte, Pächter und Heuerleute, sowie zur Nüchtelung aus der Landwirtschaft stammender Industriearbeiter und Angestellter unverzüglich ausreichende Kredite in Verbindung mit den im Reichstage zurzeit vorliegenden Bestrebungen. Aus diesem Fonds seien den Siedlern vor allem auch Einrichtungs- und Betriebskredite zu gewähren, um die Siedlungen wirtschaftlich zu ermöglichen.

„Rationelle Wirtschaft."

Im April haben die Zufuhren italienischer und holländischer Frühkartoffeln in größerem Umfange wieder begonnen. Im ganzen wurden rund 126 000 Zentner Frühkartoffeln eingeführt, während wir gleichzeitig 24 000 Zentner deutsche Kartoffeln insbesondere nach dem Saargebiet, Elsaß-Lothringen, Belgien und der Tschechoslowakei ausgeführt haben. Interessant und vom Standpunkt einer rationellen Wirtschaftspolitik aus besonders beachtenswert ist, daß wir den Zentner eingeführter Kartoffeln mit 7,70 Mark bezahlen mußten, während wir bei der Ausfuhr deutscher Kartoffeln nur 2,70 Mark erzielen konnten, also 5 Mark Verlust je Zentner ausgeführter Kartoffeln.

Das nennen sie Abrüstung!

Wo blieben die Parteien der internationalen Solidarität?

In der Sonnabendsitzung der militärischen Kommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf ist wiederum ein Beschluß gefaßt worden, der den Nichtabrüstungswillen der Alliierten grell beleuchtet. Es wurde darüber verhandelt, ob die Kriegsmaterialabrüstung zu den Punkten gerechnet werden soll, an denen der Umfang der Rüstungen zu bemessen ist. Es standen sich zwei Parteien gegenüber; die eine sagte, die Materialabrüstung sei für die ganze Rüstung von großer Bedeutung; die andere dagegen behauptete, die Materialrüstungen böten keine Unterlage für den Vergleich der Gesamtrüstungen. Diese letztere Ansicht wurde

mit neun gegen acht Stimmen angenommen,

zu den neun Stimmen gehörten die der Franzosen, zu den acht Stimmen die der Deutschen. — Wie große Bedeutung gerade das Kriegsmaterial für die heutige Kriegsführung hat, das hat gerade der letzte Krieg erwiesen, indem die Materialausrüstung geradezu entscheidend gewesen ist. Auch die Interalliierte Kontrollkommission hat bei ihren Kontrollmaßnahmen und bei ihrer Auslegung des Versailler Vertrags deutlich dokumentiert, wie großen Wert sie darauf lege, daß

das deutsche Kriegsmaterial

so weit wie möglich beschränkt werde. Darum ist es geradezu unglaublich, daß jetzt in Genf durch Mehrheitsbeschluß festgestellt werden konnte, daß das Kriegsmaterial nur als Hilfskriterium von untergeordneter Bedeutung heranzuziehen sei.

Dieser Beschluß reiht sich würdig demjenigen an, der kürzlich von der militärischen Kommission bezüglich der Reservemannschaften gefaßt worden ist. Für die Anrechnung der Truppenstärken, die dem Vergleiche der Rüstungen der verschiedenen Staaten zugrunde zu legen sind, ist bekanntlich beschlossen worden, daß nur die bei der Fahne befindlichen ausgebildeten Leute als Truppenstärke, die verglichen werden kann, angesehen werden sollen. Danach sollen die bereits ausgebildeten Mannschaften im Reservenverhältnis und auch die Rekrutenjahrgänge nicht als Truppenstärke berücksichtigt werden. — Wenn dieser Vorschlag der Kommission von der Abrüstungskonferenz zum Beschluß erhoben werden sollte, so würde das bedeuten,

daß Deutschland ein stärkeres Heer hat als Frankreich.

Deutschland hat nur 100 000 Mann, die im allgemeinen ausgebildet sind, mit Ausnahme des geringen Rekrutenbestandes, während Frankreich über ein Unteroffizier- und Kapitulantenheer von nicht ganz 100 000 Mann, sowie über eine Million ausgebildeter Mannschaften verfügt, die nur augenblicklich nicht bei der Fahne sind, und endlich über die Leute, die jetzt gerade ihre Dienstzeit erledigen, sich also noch im Ausbildungsverhältnis befinden..

Es ist nur aus der inneren Widersinnigkeit der Politik unserer Sozialdemokraten und Demokraten zu erklären, daß diese Parteien, die mit dem „Nie wieder Krieg!" bei jeder Gelegenheit im Inland demonstrieren, nicht ganz energisch gegen unser unverleugnbares Recht aus dem Versailler Vertrag verstoßenden Machinationen vorgehen und nicht die ganze Welt in gewaltigem Protest dagegen aufrufen. Wo bleibt in dieser entscheidenden Frage der Friedenswille und die internationale Solidarität des Proletariats?

Eine Statistik der Arbeitslosenunterstützung.

Wie Arbeitsminister Dr. Brauns im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages mitteilte, betrug die Zahl der **Hauptunterstützungsempfänger** Mitte Juni **1,4 Millionen Arbeitslose.** Auf 1000 Einwohner kommen im Reich durchschnittlich 28, in Preußen 28, in Bayern 21, in Sachsen 40, in Württemberg 17, in Baden 30, in Hessen 37 Arbeitslose. In Berlin ist die Zahl 48, in Ostpreußen 9, in Pommern 14, in der Provinz Sachsen 23, in Westfalen 38. Die beiden stärksten Industriebezirke, der Freistaat Sachsen und die Provinz Westfalen sind am stärksten betroffen. Die Ausgaben betrugen im April für etwa 1,8 Millionen Hauptunterstützungsempfänger 113 Millionen. Hiervon wurden etwa 35 Millionen durch Beiträge (3 Prozent der Lohnsumme je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer) aufgebracht. Etwa 80 Millionen fallen Reich, Ländern und Gemeinden zur Last.

Rechnet man mit den Zahlen des Winters einerseits, mit den jetzigen des Sommers andererseits und geht von dem Durchschnitt beider Zahlen als Jahreszahl aus, so ergibt sich eine Gesamtbelastung von rund 1200 Millionen Mark, von denen 400 durch Beiträge, 800 durch Reich, Länder und Gemeinden aufgebracht werden. Die Zahl der bereits „ausgesteuerten" Arbeitslosen beträgt für Preußen 43 000, 186 000 erhalten weniger als 6 Monate Unterstützung. Wie der Minister mitteilte, ist die Fortführung der Kurzarbeiterunterstützung beabsichtigt, jedoch solle keine Höchstgrenze von 75 Prozent des Lohnes eingeführt werden.

Leider ist auch die enorme Summe von rund 1200 Millionen für das Jahr noch reichlich optimistisch, da angesichts der Hochwasserkatastrophe mit einem weiteren Absinken der Kaufkraft der Landwirtschaft und daher mit einer weiteren Zunahme der Industriearbeitslosigkeit zu rechnen ist. Zudem sind in den 1200 Millionen nur die Hauptunterstützungsempfänger, nicht auch ihre mitunterstützten Familienangehörigen enthalten, ebensowenig scheinen die Kurzarbeitsunterstützungen inbegriffen zu sein. Endlich ist zu befürchten, daß der „Durchschnitt" der jetzigen Zahlen und der des Winters ein irreführend günstiges Bild gibt, da der jetzige Beschäftigungsgrad als der der günstigsten Jahreszeit über dem Sommerdurchschnitt liegen dürfte und zudem durch den englischen Kohlenstreik noch eben beeinflußt ist.

Insgesamt wird immer deutlicher, daß die Ueberwindung oder doch wesentliche Einschränkung der Arbeitslosigkeit das Kernproblem unserer ganzen Innenpolitik ist.

Im englischen Unterhaus hat der Staatssekretär für die Luftschiffahrt in Beantwortung einer Anfrage mitgeteilt, daß am 30. April die englische Luftarmee 991 Offiziere und 10 238 Soldaten zählte. Die Zahl der Flugzeugführer der Reservearmee beträgt 708, von denen 508 jederzeit als Flugzeugführer Verwendung finden.

*

Der Präfekt von Alessandria (Italien) schreibt in einer Verordnung, daß die Frauen, welche den Stadtriedhof besuchen, züchtige und undurchsichtige Kleider tragen müssen. Der Osservatore Romano, das Organ des Papstes, äußert sich erfreut über das Vorgehen dieser Behörde.

Inflationsgefahr in Rumänien.

Die „Banca Romaneasca", die dem letzten Finanzminister Vintila Bratianu nahesteht, hat eine umfangreiche Denkschrift an die Regierung eingereicht, in der sie den Gedanken einer Neuemission schärfstens bekämpft. Es heißt darin unter anderem, eine Neuemission, ob gedeckt oder ungedeckt, bedeute bei der gegenwärtigen valutarischen Lage Rumäniens immer eine Inflation mit allen unangenehmen Folgeerscheinungen einer solchen. Die bevorstehende Ausfuhr der neuen Ernte könne auch mit den vorhandenen Mitteln finanziert werden, falls durch eine entsprechend straffe finanzielle Organisation ein mehrmaliger Umsatz der vorhandenen Barmittel ermöglicht wird. Die Urheberschaft dieser Denkschrift wird dem bisherigen Ministerpräsidenten Bratianu zugeschrieben.

Ein italienisches Protektorat über Albanien.

In einem Wiener Berichte über die Lage auf dem Balkan wird festgestellt, daß man in Belgrad ebenso wie in Agram mit steigender Nervosität das Anwachsen des italienischen Einflusses in Rumänien beobachtet und eine Italisierung Jugoslaviens befürchte, da Mussolini angeblich in Albanien und in Griechenland im gleichen Sinne wie in Rumänien arbeite.

Was Albanien betreffe, so habe Italien tatsächlich dort festen Fuß gefaßt, die albanische Nationalbank ist in italienischen Händen, das Verkehrsnetz wird von Italienern nach italienischen Wünschen gebaut, in Nordalbanien bilden sich geschlossene italienische Kolonien und man müsse damit rechnen, daß eine italienische Militärmission die Organisierung der albanischen Armee durchführen werde. Von da an wäre nur ein kurzer Schritt zum italienischen Protektorat.

In Rumänien arbeite die italienische Politik Hand in Hand mit dem italienischen Kapital. Der Freundschaftsvertrag zwischen beiden Staaten erkennt die gegenwärtigen Grenzen Rumäniens an und damit auch Rumäniens Besitz an dem Rußland weggenommenen Bessarabien. Die in Jugoslavien auftretende Nervosität, die in sehr italienischfeindlichen Kundgebungen zum Ausdruck kommt, sei daher nicht ganz unbegründet. Jetzt beginne auch Bulgarien wieder eine wichtige Rolle zu spielen, was gewisse Verhandlungen zwischen Belgrad und Sofia bewesen. In Bukarest hingegen habe eine ausgesprochen antibulgarische Strömung Oberhand gewonnen, vielleicht zu dem Zwecke, um Griechenland fester zu binden.

*

Wie aus Belgrad gemeldet wird, fanden in Spalato große Demonstrationen gegen Italien statt. Die Gendarmerie griff ein und ging gegen die Demonstranten vor. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

*

Fast die ganze römische Presse polemisiert gegen den Pariser Temps wegen einen Artikels über Italien und Abessinien. Die französische Presse spreche sich immer wieder gegen die italienischen Interessen aus, so daß ein Zusammengehen zwischen Italien und Frankreich unmöglich sei.

Der vatikanische Mitarbeiter der „Ambrosiano" berichtet über die zunehmende Finanznot der päpstlichen Verwaltung. Die Einnahmen aus dem „Peterspfennig" usw. gingen beängstigend zurück, das „Heilige Jahr" habe schwere finanzielle Enttäuschungen gebracht, ebenso die Missionsausstellung.

— Solange die katholische Kirche nicht klar gegen den kirchenfeindlichen Marxismus Stellung nimmt, wird das wohl auch nicht anders werden, weil die Massen durch den Marxismus immer unreligiöser werden.

Rückblick auf die Opernspielzeit.

Es ist ein schöner Brauch, die Saison mit irgendeinem bedeutenden Werke abzuschließen. Finis coronat opus. Die Opernleitung hat von diesem Satze, den sich alle großen Sinfoniker zu eigen gemacht haben, ohne rechten Grund abgesehen und so verläuft der Spielplan in einem auffallenden Diminuendo. Das ist nicht Kunstpolitik. Dem Musikfreunde sollte man noch für die opernlose Zeit einen großen nachhaltigen Eindruck verschaffen, daß er ohne Zögern und Besinnen sich seinen Stammplatz für die kommende Spielzeit sichert.

Schauen wir zurück auf die verflossene Theaterperiode, so muß jedem Kunstfreund die verhältnismäßig geringe Anzahl von Bühnenwerken auf dem Gebiete der Oper zu denken geben. Siebzehn Opern sind für ein Theater vom Range unserer Stadt doch ohne Zweifel etwas zu wenig. Wenn nun von unmaßgeblicher Seite gesagt worden ist, die Aufführungen zeichneten sich durch ein ungewöhnlich hohes Niveau aus, so kann dieser Ausspruch leider nur auf wenige Werke bezogen werden. Es sind das Rich. Strauß „Intermezzo", Mussorgskis „Boris Godunow" und H. Pfitzners „Palestrina". Ja selbst von diesen drei Opern wies der „Boris" in der Besetzung einige Schönheitsfehler auf, die fraglos die Qualität der Vorstellung herabsetzen mußten. Wagners „Tannhäuser" und „Lohengrin", Smetanas „Verkaufte Braut", Humperdincks „Hänsel und Gretel", Lortzings „Mazurka-Oberst", Verdis „Troubadour", „Dona nobis pacem" von Kurt Stiebitz und Donizettis „Regimentstochter" krankten teilweise an unzureichenden Besetzungen. Wir erlebten da teilweise Aufführungen, wie sie unter den Intendanten Leopold Sachse und M. Dietrich und unter dem Direktor Richards eigentlich nicht vorgekommen sind.

Daß an Webers 100. Todestage, dieses deutschesten Meisters, nicht gedacht wurde, ist sehr zu beklagen. Eine Festaufführung des „Freischütz" hätte sich unschwer ermöglichen lassen. Verschiedene dem deutschen Herzen ferner stehende Komponisten wurden mit einer Gedenkfeier ausgezeichnet, während Rich. Strauß in der vorigen Saison trotz seines 60. Geburtstages nicht gedacht wurde. Leipzig feierte kürzlich diesen hervorragenden Tonsetzer in einer Rich. Strauß-Woche, in der „Salome", „Ariadne auf Naxos", „Intermezzo" und „Der Rosenkavalier" geboten wurden.

Ich erkenne ohne weiteres das Bestreben unseres Operndirektors Erich Band an, dem Publikum erlesene Opern zu bescheren. So hat er auch für die nächste Spielzeit musikalische Edelsteine ausgewählt, die sicher das Entzücken aller musikalischen Feinschmecker bilden werden, vorausgesetzt, daß die Besetzung die den Werken gebührende Fassung ist.

Wünschenswert ist es da selbstverständlich, daß nicht wieder unbegreifliche Fehler vorkommen, die den Aufführungen Abbruch tun müssen. Unbedingt notwendig ist es auch, daß wir endlich ein wertvolles Ensemble bekommen. Bis jetzt war nichts beständiger als der Wechsel, da verschiedene von dem Herrn Generalmusikdirektor Band verpflichtete Solisten sich nicht für das betreffende Fach als geeignet erwiesen haben. Es handelte sich da nicht nur um Frau Zörn. Auch der Vertrag mit dem Heldentenor mußte gelöst werden. Fräulein Rittmeyer, die als Novize für das Fach der jugendlich dramatischen Sängerin gewonnen war, zeigte wiederholt in Operetten, daß ihre Stimme hier vorzüglich zur Geltung kommt. Sie scheint ihre eigentliche Domäne nun selbst klar erkannt zu haben und wie Julius Cäsar zu denken: Lieber in der Operette die erste als in der Oper die zweite.

Nicht gut zu heißen ist, daß Verträge mit Solisten abgeschlossen werden, die weder dem Publikum noch der Kritik vorgestellt sind. Der Operndirektor muß insofern die Schuld in sich selbst suchen, wenn er unter dem Druck der Presse zu leiden hat.

Wenig erfreulich — um nicht ein schärferes Wort zu gebrauchen — ist es, wenn der Leiter der Oper nach berühmtem Muster eine Flucht in die Oeffentlichkeit antritt. Zum mindesten sollte er aber bei seinen versteckten Angriffen auf die ihm unbequeme Kritik sich streng an die Tatsachen halten und gelegentlich der ihm unliebsamen Besprechung von „Dona nobis pacem" auswärtige Pressestimmen nicht nur so weit im Programmbuche und in einer Zuschrift an die Zeitungen anführen, wie sie ihm angenehm sind. Streichungen von ihm nicht zusagenden Stellen dürften nicht vorkommen.

Dem Ansehen unserer Stadt schadet es auch, wenn Generalmusikdirektor Band als Sprachrohr willige Werkzeuge unter Leuten sucht, die mit der Kunst doch nur als Liebhaber Fühlung haben und von dem „Handwerklichen" nichts verstehen. Daß dabei falsche Meldungen durch Musikzeitschriften und Tageszeitungen laufen, die gebührend gegeißelt und hinterher richtiggestellt werden mußten, ist dann oft eine unangenehme Begleiterscheinung. Diese Art Reklame wie auch die eine Zeitlang in der Oper übliche Stimmungsmache muß unter allen Umständen vermieden werden; sie gehört nicht zu den gesunden Opernreformen, von denen Herr Generalmusikdirektor Band so treffend in seiner Stuttgarter Flugschrift spricht.

Bei seinem Amtsantritt betonte Herr Band vor versammelter Kritik, daß er nur der klassischen Operette Spielraum gewähren würde. Wenn nun die leicht geschürzte Schwester der ernsten Oper in dem Repertoire zeitweise sogar eine fast dominierende Rolle hat'e, so habe ich in Hinblick auf die Theaterkasse dafür wohl Verständnis, aber gutheißen kann man keinesfalls ein Ueberhandnehmen der jüngsten Produkte auf diesem Gebiete. Ein Stadttheater hat denn doch noch andere Rücksichten zu nehmen als ein Privatunternehmen. Man suche nach wirklich guten Kräften; denn es ist eine unleugbare Tatsache, daß es dem großen Publikum nicht ganz gleichgültig ist, mit welchen Sängern eine Oper gegeben wird. Ich weise da nur auf unsere scharmante Operettensoubrette hin. Sie, nicht das Werk erzielt volle Häuser. Wir brauchen eben einige Kassenmagnete auch für die Oper.

Richard Strauß legte kürzlich den reichen Kunstmäzenen Leipzigs ans Herz, für die Oper einen Privatfonds von so und so viel tausend Mark jährlich zur Verfügung zu stellen, um dem „Neuen Theater" die Möglichkeit zu gewähren, einige hervorragende Sänger auf längere Zeit an Leipzig zu fesseln, wenn die Stadt jetzt nicht imstande sei, noch größere Opfer für die Oper aufzubringen. Auf diese Weise könnte die Musikstadt Leipzig dem Theater wieder das seinem alten Rufe entsprechende Relief geben. Es wäre aufs lebhafteste zu begrüßen, wenn auch in Halle dieser Gedanke Wurzel schlüge, und in die Tat umgesetzt würde. Noblesse oblige! Opfer sind heute mehr als jemals notwendig. Um so verwunderlicher ist es da, wenn ein Hallenser sich beschwerdeführend an den Minister wendet, der Magistrat von Halle mache zu große Aufwendungen für sein Theater. Ausgerechnet Halle, das nachweisbar bislang immer noch verhältnismäßig die geringsten Zuschüsse beigesteuert hat! Ach, es gibt sonderbare Kunstfreunde! Wir wollen hoffen, daß dieser Beschwerdeführer der Musik in Halles Mauern allein steht.

Martin Frey.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Der Kustos Professor Dr. Paul Pappenheim ist zum zweiten Direktor des Zoologischen Museums der Universität Berlin als Nachfolger von Prof. P. Matschie ernannt worden.

Breslau. Dem Intendanten des Stadttheaters in Breslau Professor Josef Turnau, ist ein Lehrauftrag für Regiekunst und Inszenierung in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau erteilt worden.

Göttingen. Vom 3. bis 7. Juli findet in Göttingen ein altphilosophischer Ferienkursus statt. Vorträge haben angekündigt u. a. die Professoren Baehrens, Fraenkel, Hermann, Kahrstedt, Koepp, Pohlenz und Reitzenstein.

Tübingen. Der bekannte Kantforscher, ord. Professor der Philosophie an der Tübinger Universität Professor Dr. Erich Adickes begeht am 29. Juni seinen 60. Geburtstag.

Wien. Der emerit. ordentliche Professor für alttestamentliches Bibelstudium in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien, Dr. theol. phil. Bernhard Schäfer, ist im Alter von 85 Jahren gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260629018/fragment/page=0002